

## **Sicherheit und Sozioökonomie, Blamagen und Perspektiven Malträtiertes Völkerrecht**

Was aus dem neuen «Widerspruch» zu lernen ist.

Stefan Zenklusen

Die «Widerspruch»-Ausgabe des ersten Halbjahrs 2002 steht vorwiegend im Zeichen der sozioökonomischen und sicherheitspolitischen Perspektiven nach den Blamagen der angeblichen «New Economy» und den Ereignissen vom 11. September 2001.

Ob «Enduring Freedom» mit «Ende des Völkerrechts» zu übersetzen sei, ist die Leitfrage, die sich dem Juristen Norman Paech bei der Analyse fehlender juridischer Legitimationen für militärische Interventionen stellt. Nachdem bei der Invasion in Grenada und dem Nato-Eingriff in Jugoslawien eine Missachtung des Völkerrechts vorlag, steht, so Paech, im Falle der Intervention in Afghanistan ein unhaltbarer Rückgriff auf das in der Uno-Charta verankerte Selbstverteidigungsrecht vor. Voraussetzung, um Letzteres einzuklagen, ist der bewaffnete Angriff eines Staates, was nicht vorliegt. Auch muss der Angriff gegenwärtig sein, damit der Artikel nicht als Vorwand eines Präventivangriffs dienen kann. Die aktuellen interpretativen Überdehnungen kehren für Paech den gewaltzügelnden Einfluss des Völkerrechts um, das neu den Imperativen der Machtpolitik zu dienen hat.

Eine akribische Rekonstruktion der Etappen vom Osloer Nahost-Abkommen (1993) bis zu den gescheiterten Verhandlungen von Camp David (2000) bietet Ludwig Watzal. Sämtliche Verträge dieses Zeitraums hätten die «dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung» der PalästinenserInnen unter die israelische Besetzung sym- bolisiert.

Mit den zwei «Anti-Terror»-Paketen, die die rot-grüne deutsche Regierung nach den Anschlägen vom 11. September rasch durchsetzte, befasst sich der Jurist Rolf Gössner. Als besonders stossende Aspekte der neuen Gesetze erwähnt Gössner die Aufnahme biometrischer Daten in Ausweise, die Aushöhlung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten sowie die Strafbarkeit von Kontakten mit bzw. der Unterstützung von Organisationen, die in irgendeinem Staat der Welt verboten sind.

Claudia von Werlhofs Text zur Beziehung zwischen Gewalt und Geschlecht ist auch ein Seitenhieb gegen die akademische «Gender»-Forschung, die gesellschaftliche Verhältnisse tendenziell als unverrückbar voraussetze, die Frage männlicher Gewalt ausklammere und auf dieser Grundlage einen Kampf um Rechte führe. Demgegenüber vertritt sie die These, dass systematische Gewaltanwendung die Erfindung patriarchaler Zivilisation ist, die sich mit der Überwältigung matriarchal geprägter Ackerbaukulturen durch indogermanische Nomaden durchsetzte: Das Patriarchat ist nicht nur ein notwendig gewalttätiges, sondern auch ein «alchemistisches» Projekt, mit dem der Mann sich vom Kreatürlichen absetzen und gottähnlich werden will. Deswegen fällt ihm sowohl Friedfertigkeit wie auch Versöhnung mit der Natur schwerer.

Dot Keet vom Center for Southern African Studies analysiert, wieso überwiegend reiche Volkswirtschaften und starke Unternehmen von der grossen Zunahme des Welthandels profitierten. Die ungleichen «terms of trade» ergäben sich namentlich durch die einseitige Forcierung des Exports (insbesondere infolge des Drucks des IWF) in den ärmsten Ländern bei ständig sinkenden Rohstoffpreisen. Die Ausfuhr veredelter Waren stösst auf Zölle der hoch industrialisierten Staaten, und zugleich geht die Binnenindustrie und die diversifizierte einheimische Nahrungsmittelproduktion kaputt. Nicht ungehinderter Handel, sondern die Herstellung idealer Bedingungen für unbeschränkte Investitionen und Produktionsmöglichkeiten im Ausland ist, so Keet, die Priorität neoliberaler Wirtschaftspolitik. Zwei Drittel des internationalen Verkehrs von Waren und Dienstleistungen finden zwischen und innerhalb transnationaler Unternehmen statt. Die Aufdeckung marktverzerrender oder illegaler Geschäftspraktiken dieses Bereichs ist aber von aussen kaum möglich und wird von den jeweiligen Lobbys abgelehnt. Die herrschende Wirtschaftsordnung gründet mithin weniger auf Regeln als auf Macht.

Detailreich erzählt der Soziologe Andreas Missbach Aufstieg und Fall des Energiehandelsunternehmens Enron. Zu den Kuriositäten dieser Saga gehört etwa der Titel des Preises, den die Firma stiftete: «The Enron Prize for Distinguished Public Service». Doch wieso eigentlich nicht, wenn fast alle den Fundamentalismus der neureligiösen Veneration mitmachen? Schliesslich wählte das Magazin «Fortune» fünf Jahre nacheinander Enron zum «innovativsten Unternehmen Amerikas».

«Widerspruch» Nr. 42, Zürich 2002. 212 Seiten. 25 Franken. Im Buchhandel oder über Postfach, CH-8026 Zürich bzw. [vertrieb@widerspruch.ch](mailto:vertrieb@widerspruch.ch)/[www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch).